

Bericht zur 8. Tagung der Reihe „Blickwinkel. Antisemitismuskritisches Forum für Bildung und Wissenschaft“
Frankfurt, 19. & 20. Juni 2017

„Rechtspopulismus und Judenfeindschaft: Kontinuitäten – Brüche – Herausforderungen“

Autor: Tom David Uhlig, Frankfurt

VeranstalterInnen

Stiftung „Erinnerung, Verantwortung, Zukunft“, Berlin
Zentrum für Antisemitismusforschung an der TU Berlin
Bildungsstätte Anne Frank, Frankfurt
Pädagogisches Zentrum des Fritz Bauer-Instituts und des Jüdischen Museums, Frankfurt
Evangelische Akademie Frankfurt

Gefördert vom Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie Leben!“

Veranstaltungsort

Evangelische Akademie Frankfurt

Aufklärung, Rationalität, Humanismus – mit dem derzeitigen Angriff auf die Verbindlichkeit dieser Begriffe durch den Rechtspopulismus ist das positive Selbstverständnis moderner Gesellschaften selbst in Frage gestellt und damit die Grundlagen politischer Bildungsarbeit. Die autoritäre Sehnsucht nach einer homogenisierten Gemeinschaft, in welcher Angst haben muss, wer verschieden ist, richtet sich historisch wie aktuell auch gegen Jüdinnen und Juden. Als Verkörperung der Widersprüche, der Unsicherheit, der Ambivalenz werden ihnen die Übel einer unübersichtlich gewordenen Welt zugeschrieben, von ihrer Beseitigung erhofft sich das gegenaufklärerische Bewusstsein die Rückgewinnung von Handlungsmacht über das eigene Leben. Eingelagert scheint hier die Fantasie einer vormodernen Gemeinschaft der Autochthonen, einer ethnisch einmütigen Gruppe, welche ihre Bestimmung nicht über politische Willensbildung finden muss, sondern sie aus ihrer Zugehörigkeit ableitet: Aber ist diese Bewegung, welche doch so eindeutig in die Vergangenheit zu weisen scheint, deshalb antimodern oder ist sie nicht vielmehr ein Produkt der Moderne selbst? Mit dieser Frage eröffnete Volker Weiß die 8. *Blickwinkel Tagung* in der *Evangelischen Akademie* in Frankfurt am Main. Provokant drehte Weiß die gängige Annahme rechtspopulistischer Rückwärtsgerichtetheit auf den Kopf, indem er fragte, was denn überhaupt antimodern an der sogenannten antimodernen Bewegung sei. Der Emanzipation in der Moderne sei dort, wo sie für diejenigen eingefordert wurde, welche zunächst in Aufklärung und Menschenrechten nicht mitgedacht waren – People of Color, Frauen, Jüdinnen und Juden –, immer schon ihre Negation entgegengetreten. Dieses Andere der

Moderne, die Verletzung des Prinzips der Gleichheit und damit die Rückkehr des *homo hierarchicus*, könne als deren Produkt verstanden werden: Der Antipluralismus habe den Pluralismus zur notwendigen Voraussetzung, der Hass auf Frauen habe sich maßgeblich seit ihrer fortschreitenden Emanzipation intensiviert und der moderne Antisemitismus sei zeitgleich mit der bürgerlichen Assimilation der Jüdinnen und Juden auf den Plan getreten. Augenfällig werde das moderne Moment der antimodernen Bewegung insbesondere in ihrer Technikbegeisterung, welche bereits im Kaiserreich zentrales Motiv der Deutschnationalisten gewesen sei. Antimoderne und Moderne würden dann ineinandergreifen, wenn der Mythos belebt werde auf einer neuen Stufe in der Verbindung mit Technik und Wissenschaft. Diese Denkform finde sich auch bei der sogenannten Neuen Rechten. So würden etwa aus der AfD wiederholt Forderungen laut, bei Inanspruchnahme von Sozialleistungen den Genuss politischer Rechte einzuschränken. Hier treffen Weiß zufolge ständestaatliche Vorstellungen auf die wirtschaftsliberale Rede vom schlanken Staat. Ebenso brächen antimoderne Tendenzen in den Entmischungsphantasien der Neuen Rechten durch: Die territoriale Homogenisierung, die Aufteilung der Gesellschaft in religiöse und ethnische Partikulargruppen, beinhalte eine Absage an universalistische Prinzipien. In der völkischen Einheit würde sich eine Wiederaneignung von Unmittelbarkeit erhofft, eine Identität von Staat und exklusiver Gesellschaft, welche das Leben der einzelnen bis ins Geschlechterverhältnis hinein strukturieren soll. Hierarchisch sollen Oben und Unten sowie ethnopluralistisch Innen und Außen klar unterscheidbar werden. Bei ihren Argumentationsformen folge die neue Rechte dem Konzept der ‚konservativen Revolution‘, einem Kampfbegriff, den Armin Möller ins Spiel brachte, um die deutsche Reaktion von ihren nationalsozialistischen Anteilen zu trennen. Bei der konservativen Revolution gehe es darum, die Moderne unter ihren eigenen Bedingungen, mit ihren eigenen Mitteln zu bekämpfen, so wie die AfD den demokratischen Weg einschlägt, um die Prinzipien der Demokratie zu unterminieren. Der antisemitische Gehalt dieser Strategie könne nach Weiß insbesondere in dem aktuellen Bestseller *Finis Germania* von Rolf Peter Sieferle abgelesen werden. Das Buch, welches der Thüringer AfD-Chef Björn Höcke als „Vermächtnis aller, die noch Hoffnung haben“ bezeichnete, versammle offen antisemitische Agitation, die einen „Widerspruch zwischen Juden und Germanen“ behauptet, mit Kulturkritik im Anschluss an Oswald Spengler und Ernst Jünger. Die ganz im Jargon der Eigentlichkeit vorgetragene „Suche nach dem Erhabenen“ fände scheinbar bei Kulturbeflissenen wieder AbnehmerInnen: Vom rechten Rand publiziert war das Buch jedoch vom linksliberalen SPIEGEL in der Mehrheitsgesellschaft lanciert worden. In ihrem Koreferat stimmte die Leiterin des *Zentrums für Antisemitismusforschung* Stephanie Schüler-Springorum der Analyse Volker Weiß zu: Der historische Faschismus sei bereits die große Gegenbewegung zu 1789 gewesen, also der Französischen Revolution mit ihrer Erklärung der Menschenrechte. So wie hier die Moderne auf ihren Widerpart im Augenblick ihres Erscheinens trifft, bediene sich die Neue Rechte etwa dem

sozialdarwinistischen Argument der (Un)Nützlichkeit zur Legitimation von Ungleichheit, etwa im Falle Thilo Sarrazins. Wie gelinge es aber den Rechtspopulisten anti-elitär und ständestaatlich zugleich aufzutreten? Volker Weiß führt zur Beantwortung dieser Frage das Konzept der negativen Psychoanalyse Leo Löwenthals an: Anstatt einer Bewusstwerdung von Widersprüchen und Konflikten erfolgt hier ihre dezidierte Verdrängung. So gelänge es den anti-elitär auftretenden Eliten – für die Donald Trump ein gutes Beispiel sei – im Versprechen, sich eines Tages an ihre Stelle setzen zu können, auch einmal zu den Privilegierten zu gehören, gleichzeitig eine Masse anzusprechen und innerhalb der Masse zu segregieren. Weiß plädiert dafür die Handschrift der Neuen Rechten genau zu dechiffrieren, ihre Referenzen lägen nicht im Nationalsozialismus, sondern in dessen Vorformen. Unter Bezug auf die profaschistischen Ideologien gelänge es den Neurechten ihre Ressentiments wieder salonfähig zu machen.

Nach dem Eröffnungsvortrag hatte das Publikum die Gelegenheit, in einem World Café vier Kurzvorträge zu hören und darüber zu diskutieren. Das Format war darauf angelegt, möglichst thesenreichen Input zu liefern und schnell in die Debatte einzusteigen. Als durchgehendes Motiv stellte sich in den vorgestellten Fallbeispielen die Feigenblattfunktion ostentativer Israelsolidarität unterschiedlicher neurechter Gruppierungen heraus, den eigenen Antisemitismus zu kaschieren und damit anschlussfähig an den gesellschaftlich sanktionierten Diskurs zu bleiben. So begann Marco Frey in seinem Workshop „Die USA und die Juden in der Ära Trump“ mit der These, es gäbe unter der Regierung Trumps kein *business as usual*. Einmal sei das Verhältnis von Mehrheitsgesellschaft und US-amerikanischen Jüdinnen und Juden nachhaltig irritiert. Trump gäbe eine besonders schlechte Figur ab, antisemitische Vorfälle auch als solche zu behandeln. So fand etwa der Massenmord an den europäischen Jüdinnen und Juden in seiner Rede zum Holocaust Memorial Day keine Erwähnung, auch gehörten mit Steve Bannon und Sebastian Gorka antisemitische Agitatoren zu Trumps engstem Beraterzirkel. In der Folge sei ein Anstieg antisemitischer Straftaten innerhalb der USA zu verzeichnen. Außenpolitisch werde Trump hingegen vielmals als uneingeschränkt israelsolidarisch wahrgenommen. Mit seiner Präsidentschaft sei die Hoffnung verbunden gewesen, eine Kehrtwende zu dem abgekühlten Verhältnis zwischen den USA und Israel unter Barack Obama zu schaffen. Im Hinblick auf die innenpolitische Anspannung müsse diese Freundschaft jedoch hinterfragt werden, auch sei nicht auszuschließen, dass die erklärte Solidarität mit Israel rein instrumentellen Zwecken folge und darum brüchig sei. Das Plenum diskutierte angeregt, ob mit der Regierung Trump tatsächlich eine tiefgreifende Veränderung in der US-amerikanischen Gesellschaft vonstatten gegangen sei oder ob sich Ressentiments nun einfach ungebrochener äußern könnten. Auch wurde die Frage aufgeworfen, ob der Blick auf Trump nicht den Weg zu einer Gesellschaftsanalyse verstelle und zu einer Personalisierung von weitreichenderen Konflikten führe.

Einer ähnlichen politischen Erscheinung widmete sich der Workshop von Julie Haman „Fällt der Apfel weit vom Stamm? Antisemitismus und Generationenwechsel beim Front National“. Haman stellte die These vor, dass der Front National gerade deshalb so große Erfolge verzeichne, weil er nach der Trennung von Jean-Marie Le Pen keine Veränderung durchlaufen habe. Mit Le Pens Ausschluss aus der Partei, wegen dessen notorischer Holocaustleugnung, habe der Front National die Strategie einer „Entteufelung“ gewählt, welche den Bruch zur extremen Rechten öffentlichkeitswirksam simuliert habe. Dabei sei bereits die Rede der Entteufelung zu problematisieren, suggeriere sie doch, es habe vorher eine Verteufelung gegeben, eine Behauptung, die angesichts der enormen Wahlerfolge seit 2002 kaum haltbar sei. Der Versuch, den Front National als nicht antisemitische und rassistische Partei zu verkaufen, folge einem Prozess, den derzeit beinahe sämtliche rechte Parteien durchmachten: dem Wechselspiel von Normalisierung und Radikalisierung. Intendiert sei damit, das angebliche Tabu aufzuheben, die Partei zu wählen. Jedoch sei die Wandlung lediglich oberflächlich und nicht inhaltlich; auf lokalem Niveau werde weiterhin im Rahmen der Parteiorganisation rechtsextreme Propaganda verbreitet. Erschreckend wirkte auf das Plenum insbesondere die gesamtgesellschaftliche Anschlussfähigkeit der vom Front National vertretenen Positionen, auch dort wo andere Parteien gewählt werden. Diskutiert wurde weiter unter anderem die populäre These des Soziologen Didier Eribon, der zufolge vor allem ein Mangel linker Alternativen für eine Wählerwanderung zum Front National verantwortlich sei. Eribons Warnung, mit der Wahl Macrons würde der Front National weiter Auftrieb erhalten, weshalb er empfahl, nicht für ihn zu stimmen, wurde vom Plenum als reduktionistischer Automatismus abgelehnt. Des Weiteren irritierte die paradoxe Strategie Neurechter Bewegungen sich untereinander international zu vernetzen, mit dem Ziel gegenseitig nationalistischen Isolationismus zu fördern.

Beschäftigten sich die beiden erstgenannten Workshops vor allem mit parlamentarischen Erscheinungen der Neuen Rechten, fokussierte Stine Marg in „unheilvolle Allianzen? ‚Mit Juden gegen Muslime‘ in Pegida-Demonstrationen“ deren Politik auf der Straße. Dabei stellte sie zunächst fest, dass Pegida sich stark zwischen den verschiedenen Städten unterscheide und schloss die These an, in Dresden hätten die Demonstrationen weniger dezidiert rechtsextreme Hintergründe und seien – so die Ergebnisse ihrer empirischen Forschung – parteipolitisch interessiert und aktiv. Antisemitismus sei, Marg zufolge, bei Pegida ein vereinzelt Phänomen, genauso würde sich Philosemitismus dort artikulieren. Die proisraelische Rhetorik, welche bemüht werde, um sich selbst einen ‚Koscherstempel‘ zu verpassen, die eigene Schuld abzuwehren oder den politischen Gegner vor Ort zu provozieren, stoße beim Publikum von Pegida jedoch teilweise auf Unverständnis. Kontrovers wurde im Plenum diskutiert, wie mit Pegida im öffentlichen Diskurs umgegangen werden sollte, ob es zielführend sei, deren Positionen darzustellen und zu dekonstruieren oder zu versuchen sie auszuschließen. Kritisch wurde etwa die Annahme Margs besprochen, die Wut Pegidas auf

Geflüchtete resultiere aus einer schlecht kommunizierten Migrationspolitik der Bundesregierung. Man würde der Selbstdarstellung Pegidas auf den Leim gehen, wenn man ihre Aussagen nicht hinterfragt, statt ihnen ideologie- und subjektivitätskritisch zu begegnen. Angebote der Mehrheitsgesellschaft, Gesprächsbereitschaft gegenüber Pegida zu zeigen, legitimiere deren Ressentiments. Augenfällig sei zudem, dass etwa den Opfern des NSU kaum derartige Angebote eingeräumt wurden, demnach müsse eher danach gefragt werden, woher denn überhaupt die Bereitschaft komme, ausgerechnet mit Pegida in den Diskurs zu gehen.

Eine aktuelle Fallanalyse zur Verhandlung offen antisemitischer Ausfälle innerhalb der Neuen Rechten lieferte Markus Funck im Workshop „Proisraelisch und antisemitisch? Die Fälle Gedeon und Höcke auf dem Prüfstand“. Wolfgang Gedeon, baden-württembergischer Landtagsabgeordneter der AfD, ergreift in seiner Publikation „Christlich-europäische Leitkultur“ unter anderem Partei für Holocaustleugner wie Horst Mahler und bespricht ergebnisoffen bis zustimmend die Protokolle der Weisen von Zion. Funck schloss sich dem Plädoyer Volker Weiß‘ an, die Ideologie der Neuen Rechten lasse sich vor allem vor dem Hintergrund ihrer Lektüre, den pseudowissenschaftlichen und nationalchauvinistischen Autoren der ‚konservativen Revolution‘, aufschlüsseln. Im Anschluss an diese scheue Gedeon auch nicht davor zurück, das Judentum als inneren Feind auszumachen, welcher den Gegenpol zum Islam als äußeren Feind bilde. Jüdinnen und Juden nennt Gedeon buchstäblich „parasitäre Existenzen, die sich in die Wirtsvölker einzecken“. Trotz dieser offen nationalsozialistischen Rhetorik reklamiert Gedeon für sich Distanz zum NS und ist bemüht, sich über die vermeintliche Freundschaft zu Israel von Antisemitismus freizusprechen. Auf ähnliche Weise legitimiere sich auch Björn Höcke, der seine Holocaustrelativierung, seine Ablehnung von Gedenken an die ermordeten europäischen Jüdinnen und Juden sowie seine positive Bezugnahme auf die Volksgemeinschaft mit einer so demonstrativen wie instrumentellen ‚Solidarität‘ gegenüber Israel rechtfertigen will. Der Logik beider AfD-Abgeordneten nach könne niemand Antisemit sein, der sich positiv auf Israel bezieht.

Den Abend des ersten Tages beschloss eine Filmvorführung und Diskussion mit der Regisseurin und Moderatorin Mo Asumang. In dem Film „Die Arier“ (2013) konfrontiert Asumang Neonazis in Deutschland und den USA mit den Widersprüchen ihrer Ideologie, indem sie mit einer bewusst naiven Haltung ihre Interaktionspartner irritiert. Ausgang des Unternehmens war der am eigenen Leib erfahrene Rassismus, eine Todesdrohung durch die Neonazi-Band „White Aryan Rebels“. „Man muss bereit sein, etwas von der eigenen Kraft abzugeben“, kommentierte Asumang ihren Umgang mit den Rechtsextremen. Das Publikum debattierte diese Haltung kontrovers: Es wurde befürchtet, der Film könne im pädagogischen Raum rechte Gewalt, die kaum explizit zur Sprache kommt, verharmlosen. Es wurde angemerkt, dass die Haltung Asumangs einiger Erfahrung bedarf und nicht zur Nachahmung empfohlen werden könne. Auch sei ein positiver Effekt von Begegnungspädagogik kaum belegt.

Asumang hob demgegenüber ihren Leitsatz pädagogischen Handels hervor, der Mensch sei die Summe seiner Begegnungen. Indem sie es sich erlaube, die Rechtsextremen anzusehen und mit ihnen zu sprechen, werde sie für diese zur Gefahr, die das Weltbild ins Wanken bringen könne. Ihr Anspruch sei keine gesamtgesellschaftliche Veränderung anzustoßen, sondern ihr genüge der Einzelfall, die gelungene Interaktion und bestenfalls jemandem den Ausstieg aus der Szene zu erleichtern. Dies werde jedoch, so die nachfolgende Diskussion, erschwert durch die Emotionalität von ‚Ideologien der Ungleichheit‘. Vielmals werde die pädagogische Arbeit durch die Feindschaft des konkret anderen verunmöglicht. In Bezug auf Antisemitismus sei dieses Verhältnis zudem erschwert, da er sich gegen die Selbstansprüche der demokratischen Gesellschaft richte: Im antisemitischen Bewusstsein verkörpern die Jüdinnen und Juden den Universalismus und werden somit zum abstrakten Prinzip, das bekämpft werden will. Die begegnungspädagogische Arbeit scheint hier an notwendige Grenzen zu stoßen.

Der zweite Tag der 8. Blickwinkel-Konferenz begann nach einer resümierenden Überleitung Gottfried Köblers mit sechs Vertiefungsangeboten, welche sich mit unterschiedlichen Aspekten des Tagungsthemas Rechtspopulismus und Judenfeindschaft auseinandersetzen.

Doron Kiesel thematisierte die Vereinnahmungsversuche durch die Neue Rechte und den „Umgang der jüdischen Gemeinschaft mit Rechtspopulismus“. Die jüdische Gemeinschaft, stellte Kiesel fest, sei in Deutschland in sich sehr heterogen: Sie bestehe aus Jüdinnen und Juden der ehemaligen Sowjetunion, aus Überlebenden des Holocaust und nachfolgenden Generationen sowie nach Deutschland eingewanderten Israelis. Zwischen diesen unterschiedlichen Gruppen seien auch verschiedene Problemfelder relevant. Während die Jüdinnen und Juden aus der ehemaligen Sowjetunion oftmals Schwierigkeiten hätten, Zugang zu den Gemeinden zu finden, und die Holocaustüberlebenden und ihre Nachkommen in Deutschland vielmals den Auftrag fühlen, jüdisches Leben in Deutschland wieder aufzubauen, kämpften die jungen Israelis oftmals mit der Frage ihrer Zugehörigkeit. Gemein ist aber allen Gruppen der religiöse Bezug auf Thora und Kashrut sowie die geteilte Erfahrung von Verfolgung. Auf Grundlage eines offenen Briefes des Zentralrats der Juden, welcher vor den Kontaktversuchen der AfD und dem dort intendierten Schulterchluss mit antimuslimischen Positionen warnt, diskutierte Kiesel mit dem Publikum, wie sich einer solchen Vereinnahmung entzogen werden könne. Es wurde darauf hingewiesen, dass die antimuslimischen Positionen der AfD vielmals auch Jüdinnen und Juden treffen könnten, so etwa das geforderte Beschneidungsverbot. Ein Mitbestimmungsrecht über gesellschaftliche Institutionen durch die AfD, bedeute auch, diese über das jüdische Leben in Deutschland entscheiden zu lassen, welches von diesen Institutionen abhängig ist.

Auch in dem Vertiefungsangebot Nabeela Khans und Oliver Fassings wurde über „Handlungsstrategien gegen Rechtspopulismus“ gesprochen, wobei der Schwerpunkt auf Fragen der

didaktischen Vermittlung lag. Zum Einstieg stellten Khan und Fassing verschiedene Thesen zu Rechtspopulismus und Diskriminierung vor, zu denen die TeilnehmerInnen sich positionieren konnten. Kontroversen entzündeten sich etwa an der Religionsfreiheit in öffentlichen Institutionen oder der Legitimität, Personen nach ihrer Herkunft zu fragen. Letztere Debatte aufgreifend wurde sich mit der Diskrepanz von Absicht und Wirkung auseinandergesetzt. Anstelle sich auf die Absicht des Senders zu konzentrieren, plädierten die WorkshopleiterInnen für eine Sensibilisierung gegen das Erleben von Betroffenen: In den gesellschaftlichen Debatten werde sich häufiger mit den Beweggründen, Ängsten und Sorgen von SprecherInnen beschäftigt als mit den Auswirkungen für Betroffene rechtspopulistischer Diskurse. Zur weiteren Übung wurden die TeilnehmerInnen des Workshops aufgefordert, ihre Identität mit drei Begriffen zu bestimmen. Der Austausch über das Erleben dieser knappen Selbstverortung brachte die Schwierigkeit zutage, Identität statisch zu denken. Es wurde konstatiert, dass Identität immer prozesshaft, situations- und kontextabhängig sei, jedoch oftmals von außen zugeschrieben werde. Dies betreffe nicht nur die Neue Rechte, sondern auch die eigene pädagogische Praxis, etwa wenn das Handeln einzelner Jugendlicher aus einer vermeintlich unverrückbaren Gruppenzugehörigkeit abgeleitet werde. Um diesen Fallstricken nicht zu erliegen, empfähle es sich, auch im pädagogischen Handlungsraum die Betroffenenperspektive ins Zentrum der Intervention zu rücken, anstelle den Blick auf die Diskriminierenden zu fixieren.

So vielbeachtet Islamismus in der Öffentlichkeit ist, so wenig wird über christlichen Fundamentalismus gesprochen, ein Phänomen, welchem Manfred Levy das Vertiefungsangebot „Christlicher Fundamentalismus und Philosemitismus“ widmete. Levy konzentrierte sich in seinem Vortrag auf die Gruppe der sogenannten Evangelikalen in Deutschland, eine kleine Bewegung, die in „charismatischen Gottesdiensten“ Jesus als Allheilmittel anpreist und auf einer buchstäblichen Auslegung der Bibel beharrt. Die Religiosität der Evangelikalen beziehe ihre Wirkmacht aus einer Sehnsucht nach Unmittelbarkeit, welche sich mit einer Angst vor der Moderne mische. In den Masseninszenierungen der Gottesdienste werde dem Bedürfnis nach Vergemeinschaftung nachgekommen. Stilmittel dabei sei, so die WorkshopteilnehmerInnen nach dem Anschauen einiger Videoausschnitte, die Inszenierung von Kitsch und Tod. Dabei beschränke sich die Institutionalisierung der Evangelikalen nicht nur auf ihre Gottesdienste: Tatsächlich gebe es eine Reihe „christlicher Bekenntnisschulen“, in deren Unterricht etwa die Evolutionstheorie abgelehnt oder Sexualaufklärung tabuisiert werde. Levy zufolge sei das Verhältnis dieser Gruppen zu Jüdinnen und Juden vor allem von einer obsessiven Beschäftigung mit Israel geprägt, wobei das Hauptmotiv der Evangelikalen in der erklärten Solidarität mit Israel in der christlichen Missionierung bestünde. Es kursiere bei den Evangelikalen ein christlich-theologisch aufgeladener Zionismus, welcher in Verbindung mit einem kulturellen Philosemitismus Jüdinnen und Juden für die eigene Dogmatik einspanne. Insbesondere im Versuch sich mittels dieser Strategie von den Verbrechen des

nationalsozialistischen Deutschlands loszusagen, werde der sekundär und strukturell antisemitische Gehalt des evangelikalen Philosemitismus deutlich.

Wie sich mit Rechtspopulismus aus einer rechtswissenschaftlichen Perspektive umgehen lässt, wurde in Maximilian Pichls Vertiefungsangebot diskutiert. Ausgangspunkt der Auseinandersetzung bildete der derzeit stark umkämpfte Begriff der Meinungsfreiheit, der einerseits von der Neurechten reklamiert wird, um eigene Ressentiments vor Kritik zu schützen, und andererseits von deren Gegnern gegen sie in Stellung gebracht wird. So klagte etwa Jürgen Elsässer, Herausgeber der rechtsextremistisch-verschwörungsideologischen Zeitschrift „Compact“, gegen seine Bezeichnung als „glühenden Antisemiten“ durch Jutta Ditfurth. Das Gericht gab ihm Recht und folgte damit einer sehr engen Definition von Antisemitismus nach der nur antisemitisch sei, wer sich „antisemitisch äußert, mit einer Überzeugung, die das Dritte Reich nicht verurteilt“. Die Meinungsfreiheit als rechtliche Kategorie betreffe, so Pichl, nicht nur private Äußerungsformen, sondern sei konstitutiv für den politischen Meinungs-austausch. Sie sei als besondere Form der Machtkritik erwachsen, als Garantie, das politische System und seine VertreterInnen kritisieren zu können. Meinungsfreiheit ist jedoch nicht gleichbedeutend damit, dass alles gesagt werden kann: Menschenverachtende Ideologien zielen indirekt auf die Abschaffung der Meinungsfreiheit, indem sie Gruppen ausgrenzen, die von ihrem Gebrauch abgeschnitten werden. Dieses Spannungsverhältnis werde aktuell kontrovers diskutiert in Bezug auf das sogenannte Netzwerkdurchsetzungsgesetz, dem Versuch, Hate-Speech im Internet mit rechtlichen Schritten wirksam zu unterbinden. Offen blieb die Frage nach der Wirksamkeit solcher rechtlichen Eindämmungsversuche.

Auch Sina Laubenstein fokussierte ihr Vertiefungsangebot „Rechtspopulistische Kommunikation und Antisemitismus im Netz“ auf Hate-Speech in der Online-Kommunikation. Laubenstein stellte fest, dass Rechtsextremismus im Internet häufig nicht eindeutig als solcher erkennbar sei. Oft bediene er auch ein Themenspektrum, welches nicht eindeutig der rechten Klientel zugeordnet werden könne, etwa sexuelle Grenzverletzungen bei Kindern oder Umwelt- und Tierschutz. Die Strategie der Rechten sei es, über den Tabubruch eine Verschiebung vom Unsagbaren zum Sagbaren zu schaffen, und damit die eigenen Positionen, etwa die Umkehr von Tätern und Opfern oder die Schaffung eines völkisch bestimmten Feindbildes, in die bürgerliche Mitte zu tragen. Es entzündete sich eine Diskussion darüber, ob viele Positionen der Neuen Rechten nicht tatsächlich längst Teil der Mitte seien und sich am ‚rechten Rand‘ nur ungebrochen äußert, was bereits eine gesamtgesellschaftliche Tendenz ausmache. Um der Taktik der Rechten entgegenzuwirken gelte es, das Netz als öffentlichen Raum wahrzunehmen, in welchem dezidiert Stellung bezogen werden sollte. Hierbei gelte es zunächst die Verschleierung der Hetze zu dekurvieren, indem der gesellschaftliche Zusammenhang und die Intention des zu kritisierenden Beitrags transparent gemacht sowie sich mit Betroffenen solidarisiert

wird. Zwar müsse das Gegenüber ernst genommen werden, jedoch bedeute dies auch, die Widersprüchlichkeit ihrer Ideologie zu denunzieren und auf ‚harten Fakten‘ zu beharren.

Anne Brüggemann und Eva Georg legten den Blick auf die Arbeit von Beratungsstellen im Kontext von Rechtspopulismus und Antisemitismus. Aus ihrer eigenen Erfahrung berichteten sie, dass von Antisemitismus Betroffene eher selten Beratungsangebote wahrnehmen. Gründe hierfür könnten sein, dass die Betroffenen eher zur Polizei als zu Beratungsstellen gehen, Beratung darüber hinaus gegebenenfalls in den Gemeinden stattfindet oder die Beratungsstellen als zu linkspolitisch eingestellt wahrgenommen werden. Laut Brüggemann und Georg bestünde allgemein eine gesellschaftliche Tendenz, rechte Gewalt zu entpolitisieren und zu bagatellisieren. Rechte Gewalt zeichne sich dadurch aus, dass Betroffene und TäterInnen sich in der Regel nicht kennen, dass die Opfer zielgerichtet aufgrund tatsächlicher oder konstruierter Merkmale ausgewählt werden, die Tat selbst eine politische Botschaft vermitteln soll und die Opfer von den Tätern entindividualisiert werden. In der Arbeit Brüggemanns und Georgs gehe es vor allem darum, demgegenüber die Betroffenenperspektive zu stärken und Unterstützungsnetzwerke aufzubauen, ohne dabei in Mechanismen sekundärer Viktimisierung zu fallen.

In dem abschließenden Podiumsgespräch diskutierten Micha Brumlik und Sabine Andresen die Frage, wieviel Populismus Pädagogik aushalten kann und was sich gegen die derzeitige Konjunktur populistischer Rhetorik unternehmen lässt. Dabei will Brumlik den Begriff der Pädagogik zunächst breit aufgefasst wissen: Als altersgemäße Aufklärungsarbeit verstanden, umfasse Pädagogik die Arbeit mit Jugendlichen, Studierenden wie auch Einflussnahme auf die Öffentlichkeit im Allgemeinen. In Bezug auf antiemanzipatorische Ideologien im pädagogischen Alltag führt Brumlik ein Dilemma an, das sich ergäbe, wenn etwa eine Frau in Burka ein Seminar oder ein Mann in Thor-Steinar-Klamotten sein Seminar besuchen würde: Wie könne in diesen Fällen eine pädagogisch sinnvolle Konfrontation aussehen? Andresen weiß diese Frage um ein Beispiel aus ihrem hochschulpolitischen Alltag zu ergänzen. Die Junge Alternative für Deutschland habe an der Goethe Universität jüngst Flyer verteilt, in denen zur Denunziation linker Lehrpersonen aufgerufen wurde. Daraufhin habe sich eine studentische Gruppe gebildet, welche den Fachbereich Erziehungswissenschaften zu einer Positionierung gegen die AfD an der Universität gedrängt habe. Der Fachbereich sei diesem Anliegen nachgekommen und habe überdies der Veranstaltung eines Workshops und der Publikation einer Broschüre zur Aufklärung über die AfD zugestimmt. Diese, in ihrer Sicht gelungene Gegenpolitik, verdeutliche, dass die Kritik von Rechtspopulismus Zeit und Raum benötige, den bereitzustellen die Leitung adressiert sei. Allerdings würden Forderungen nach Zeit und Raum zur Kritik vielmals nicht nachgekommen: Wie bei den Neurechten gäbe es auch in der Pädagogik die Sehnsucht nach Homogenität, der Reduktion von Unsicherheit und nach klaren Regeln und Maximen. Die

Herausforderung bestünde darin, Rahmenbedingungen zu schaffen, in welchen Diversität pädagogisch ausgehalten werden kann. Ein aktuelles Beispiel in dem dies nicht gelungen sei, fügt Brumlik hinzu, sei der Fall des von seinen muslimischen Mitschülern gemobbten jüdischen Jungens in Friedenau. Für solche Fälle müsste es flächendeckende Ombudsstellen geben, wie sie jüngst bundesweit von dem Bericht der Expertenkommission Antisemitismus des Bundestags gefordert wurden. Für die Lehrerinnen und Lehrer sei das Thema, dass wir uns in einer Migrationsgesellschaft befinden, noch lange nicht ausgeschöpft. Andresen schloss sich dem Befund fehlender Anlaufstellen an: Diskriminierungen würden mit einer weiteren Form der Gewalt einhergehen – der Bagatellisierung. Wichtig sei deshalb, dass Kinder und Jugendliche auch unabhängig der Eltern ein Recht auf Beratung brauchen, selbst wenn keine Gefahr in Verzug bestehe. Zuletzt wies Brumlik darauf hin, dass Antisemitismus zwar wieder ein Thema sei, jedoch ganz anders als in den 1960er und 70er Jahren: „Opas Antisemitismus“ sei tot, was sich etwa an dem Generationswechsel im Front National ablesen lasse oder an Heinz-Christian Strache, der mit Burschmütze Yad Vashem besuchte. Auch sei nicht zu bestreiten, dass Kinder aus dem arabischen Raum oftmals einen antizionistisch gefärbten Antisemitismus aus ihren Schulen und von ihren Eltern mitbringen. Gleichzeitig solle nicht aus dem Blick verloren werden, dass eben diese Jugendlichen auch von antimuslimischem Rassismus betroffen seien können. Das altmodische Thema der Religionen und ihrer Gegensätze müsse wieder öffentliche Beachtung finden. An dieser Stelle entfachte eine Kontroverse: Aus dem Publikum kam der Vorwurf, auf dem Podium würden antimuslimische Ressentiments reproduziert, indem Antisemitismus den Muslima und Muslimen zugeschrieben werde. Brumlik betonte demgegenüber, dass sich der Fall Friedenau nun einmal so zugetragen habe, woraufhin Andresen ergänzte, es gehe weniger um Zuschreibungen – auch wenn der Einzelfall ernstgenommen werden solle –, sondern um die strukturellen, politischen und gesellschaftlichen Zusammenhänge, in denen sich die Kinder bewegen. Das Ringen um das Verhältnis des Einzelfalles zu seinen gesellschaftlichen Bedingungen, sei ein Kernmoment politischer Bildungsarbeit.

Den ähnlich kontroversen Abschluss der Tagung bildete die Tagungsbeobachtung Maria do Mar Castro Varelas. Es sei nicht gelungen, so die Kommentatorin, während der Tagung über Rassismus und Antisemitismus supplementierend zu sprechen. Postkoloniale Perspektiven und Wissenschaftskritiken seien zu kurz gekommen. Die Begriffe, auf welche sich affirmativ bezogen worden sei, Humanismus, Rationalität und Aufklärung, seien in ihrem kolonialen Machtanspruch zu hinterfragen. Es ist eben jene Dialektik in den Begriffen, ihr Zurückfallen hinter den in ihnen aufgehobenen Anspruch einer freieren Gesellschaft, welche Volker Weiß in seinem Eingangsvortrag benannte, indem er den aktuellen Rechtspopulismus in der Tradition einer ‚konservativen-autoritären Revolution‘ als Bewegung der Moderne charakterisierte. Castro Varela verfehlt den Widerspruch in

den Begriffen, indem sie zwar auf ihr geschichtliches Misslingen hinweist, nicht aber darauf, dass sie auch den Ausweg aus Kolonialismus und anderen menschenverachtenden Ideologien beinhalten. Seit der Französischen Revolution haben sich immer wieder emanzipatorische Kämpfe gebildet – etwa der Feminismus Olympe de Gouges oder die Revolution im heutigen Haiti –, welche es nicht zum Ziel hatten, die Versprechen des Humanismus abzuwerfen, sondern für sich einzufordern. Der bloßen Denunziation der Begriffe als kolonial droht denen in die Hände zu spielen, welche sie von (neu)rechter Seite aus abzuwerfen gedenken. Eine „Politik der Unruhe, die den totalitären Impulsen zu widerstehen vermag“, wie sie Castro Varela in ihrem Kommentar einfordert, sollte eben die Unruhe in dem positiven Selbstverständnis des politischen Westens produktiv machen und universalistische Rechte verlangen, wo der Rechtspopulismus sie partikularisieren will.